

## 4 Der Euro entlarvt Deutschlands Eliten Teil 4

### 4.1 Die Legenden über die DDR-Wirtschaft

In der Zeit, als diese Arbeit erstellt wurde, erweckten zwei Schlagzeile in den Medien die Aufmerksamkeit, auf die wir uns in der weiteren Analyse beziehen werden, weil sie sich sehr gut eignen, die hier aufgegriffene Problematik – Niederhaltung und Ausbeutung der Deutschen und ihrer Volkswirtschaft – zu illustrieren:

- Der größte Stahlkonzern Deutschlands, Thyssen-Krupp, kündigte an, bis zu 3.800 Mitarbeiter (von 28.000 Beschäftigten in Europa) zu entlassen, um seine „Profitabilität“ zu erhöhen.
- Der französische Ministerpräsident, François Hollande, verkündete, daß die Nationalversammlung in nächster Zeit ein Gesetz beschließen werde, das die Stilllegung profitabler Produktionsstätten in Frankreich verbietet.

Beide Maßnahmen sind die Folgen des Systems weltweit unbegrenzter Güter- und Faktormärkte, das man Globalkapitalismus nennt. Insbesondere dem Finanzkapital ermöglicht das System den weltweiten Auf- und Verkauf von Produktivvermögen, wo immer die Kosten- und Gewinnsituation für eine gewisse (kurze) Zeit eine Rendite-Steigerung verspricht. Voraussetzung ist, daß die Politik in den betroffenen Volkswirtschaften diesen Zugriff erlaubt. Das ist nicht in allen Ländern der Fall. Der An- und Verkauf von Unternehmungen und ihre Stilllegung erfolgt ohne Rücksicht auf die davon betroffenen Menschen. Ihnen redet man ein, daß der Globalkapitalismus (beschönigend Globalisierung genannt) ihnen und allen Menschen den größtmöglichen materiellen Wohlstand bringt. Ihnen redet man auch ein, daß die Politik in die ökonomischen Prozesse nicht eingreifen dürfe, um die Wohlfahrt nicht zu gefährden. Diese Behauptungen sind in unserer Zeit zu Glaubenssätzen geronnen, die nicht in Frage gestellt werden.

Die beiden Maßnahmen illustrieren auch anschaulich, welchen Kräften die Deutschen nach der Wiedervereinigung in West- und Mitteldeutschland schutzlos ausgeliefert waren, weil die politischen Eliten Deutschlands die Dogmen des Globalkapitalismus an ihnen vollstrecken ließen und ihren Eid – das Wohl des Volkes zu mehren – damit gebrochen haben. Die Politik hatte viele willige Helfer aus der großen Schar der Ökonomen, die einstmals Nationalökonomen hießen. Sie standen ihnen mit Rat und Tat zur Seite und tun das noch heute. Sie liefern ihnen die Argumente, ihr Tun rechtfertigen zu können, und die Medien vertuschen und schönen die Fakten, so gut sie können. Die vornehmste Aufgabe dieser Zeit muß es deshalb sein, diese Fakten ans Tageslicht zu bringen und die Argumente zu widerlegen.

#### 4.1.1 Der Kollaps der DDR-Wirtschaft

Glaubt man den Meinungsmonopolen aus Medien, Politik und den Gesellschaftswissenschaften (zu denen auch die Ökonomie zählt), dann wäre die DDR-Wirtschaft nach der Auflösung des Ostblocks ohnehin zusammengebrochen, weil sie nicht konkurrenzfähig gewesen sei<sup>26</sup>. Diese Legende ist allgemein verbreitet und niemand nimmt Anstoß, obwohl aus allen öffentlich zugänglichen Statistiken (EuroStat. z.B.) hervorgeht, daß alle anderen osteuropäischen Volkswirtschaften seit damals einen ökonomischen Auf-

---

<sup>26</sup> So auch Professor Dr. Richard Schröder in seinem FAZ-Artikel vom 04.02.2013: „Ruin – lieber mit als ohne Einheit“.

schwung ohne Gleichen erlebt haben, der der DDR-Wirtschaft nicht gegönnt war! Welche Größenordnung dieser Aufschwung im Vergleich zum Siechtum der ehemaligen DDR-Wirtschaft erreicht hat, dokumentieren wir am Beispiel der ökonomischen Entwicklung der Tschechei und Polens in der nachstehenden Tabelle<sup>27</sup>:

Jahre	BIP in Mrd.Euro	
	Tschechei	Polen
1994	34.474	
1995	41.160	89.175
1996	46.210	112.999
1997	50.688	132.183
1998	52.337	145.615
1999	58.149	160.371
2000	60.703	164.178
2001	65.732	187.952
2002	73.417	215.358
2003	86.490	217.724
d BIP	151%	144%

Das BIP der Tschechei ist in den 9 Jahren von 1994 bis 2003 um 151 Prozent gestiegen, in Polen betrug die Steigerung in 8 Jahren (von 1995 bis 2003) 144 Prozent. Vergleichen wir nun diese Zahlen mit der Entwicklung Mitteldeutschlands nach der Wiedervereinigung in der Zeit von 1989 – 2000, die wir auf Seite 12 oben ermittelt hatten:

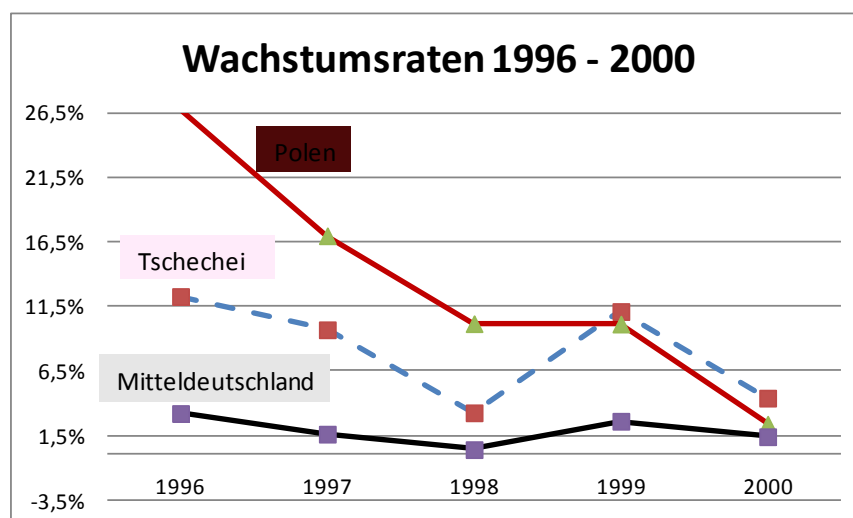
In der Zeit von 1989 bis 2000 war das BIP in Mitteldeutschland von 207 auf 220 Mrd. Euro angestiegen, das sind gerade einmal 6,3 Prozent!

Da sich die Perioden des Vergleichs nicht ganz decken (1994-2000 und 1989 – 2000), vergleichen wir noch die Wachstumsraten der drei Volkswirtschaften in einem dekungsgleichen Zeitraum von 1996 bis 2000:

Wachstumsraten 1996 - 2000			
Jahre	Tschechei	Polen	MiDeutsch
1996	12,3%	26,7%	3,2%
1997	9,7%	17,0%	1,6%
1998	3,3%	10,2%	0,4%
1999	11,1%	10,1%	2,6%
2000	4,4%	2,4%	1,4%
Ø WaRate	8,1%	13,3%	1,8%

Im Fall der Tschechei war die durchschnittliche Wachstumsrate mit  $8,1 : 1,8 = 4,5$  mal so groß.

Im Falle Polens war sie sogar 7,4 mal größer als in Mitteldeutschland. Eine Graphik soll die Wachstumsunterschiede nochmals verdeutlichen:



<sup>27</sup> Zahlen aus EuroStat, BIP und Hauptkomponenten - Volumen [nama\_gdp\_k].

Die Wachstumsraten in Mitteldeutschland lagen permanent weit unter denen Polens und der Tschechei. Im Jahr 2000 haben sie sich (für geraume Zeit) einander angenähert. Dann kam die Einführung des Euro und auch die Wachstumsraten Gesamtdeutschlands stürzten ab. Die Arbeitslosigkeit erfaßte auch Westdeutschland. Die Arbeitslosenquoten erreichten Rekordhöhen, der Euro entfaltete seine volle Wirkung<sup>28</sup>.

#### 4.1.2 Die Produktivitäts-Legende

Nachdem wir die Legende widerlegt haben, daß die „Ostdeutschen die Hauptgewinner im ehemals sozialistischen Lager seien“, können wir uns der zweiten Legende zuwenden. Richard Schröder, der Philosophie- und Theologie-Professor, hat auch behauptet, daß „man“ die Produktivität der DDR-Wirtschaft im Jahre 1989 heute auf 30 Prozent der Produktivität in der BRD „schätzen“ würde, und er folgert daraus, daß der Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft deshalb unausweichlich war<sup>29</sup>. Zur Person dieses Professors sollte man wissen, daß er nach dem Mauerfall Fraktionsvorsitzender der SPD in der Volkskammer der DDR und nach der Wiedervereinigung auch Abgeordneter für diese Partei im Deutschen Bundestag war. Er nennt nicht den „Experten“ (oder die „Experten“) von dem er die „Schätzung“ der 30 Prozent“ übernommen hat.

Wir hatten für das Jahr 1989 für die DDR eine Produktivität von 55,5 Prozent ermittelt (vgl. Tabelle 1 auf Seite 11 oben). Sie ergibt sich aus dem BIP pro Kopf in der DDR im Jahr 1989. Die Zahlen stammen aus dem Aufsatz des Statistik-Fachmannes Gerhard Heske, die er im Jahr 2005 in der angesehenen wissenschaftlichen Zeitschrift „Historical Social Research“ veröffentlicht hat. Wir nannten diese Kennzahl „Produktivität 1“, um sie von der „Produktivität 2“, zu unterscheiden, bei der das BIP pro Erwerbstätigen ermittelt wird. Prüfen wir also noch, ob die von R. Schröder behauptete Produktivität von 30 Prozent sich aus dieser Kennzahl ergibt.<sup>30</sup>

Jahr	BIP je Erwerbstätigen		Vergleich DDR/BRD
	DDR	BRD	
1970	11.670	34.048	34,3%
1975	13.667	38.951	35,1%
1980	15.628	44.126	35,4%
1985	17.780	47.682	37,3%
1989	21.231	50.430	42,1%
1991	21.029	52.683	39,9%
1995	33.500	51.069	65,6%
2000	37.288	53.385	69,8%

Erkenntnis:  
Danach hatte die DDR im Jahr 1989 eine Produktivität von 42,1 Prozent im Vergleich zur BRD erreicht. Auch die Produktivität im engeren Sinn (Produktivität 2) liegt um 12 Prozentpunkte oder 40,1 Prozent über dem von R. Schröder behaupteten Schätzwert!

Die Tabelle ist aber noch in anderer Hinsicht aufschlußreich:

- Sie zeigt, daß die Produktivität der DDR-Wirtschaft vor der Wiedervereinigung – gemessen an der Produktivität in der BRD – kontinuierlich angestiegen ist.
- Weiterhin zeigt sie, daß sie nach der Wiedervereinigung zuerst um 2,2 Prozent gesunken und dann nicht weiter angestiegen ist, wie man hätte erwarten dürfen.

<sup>28</sup> Die Auswirkungen des Euro auf die deutsche Volkswirtschaft werden in Kapitel 5 eingehend behandelt.

<sup>29</sup> Richard Schröder, „Ruin – lieber mit als ohne Einheit“ in FAZ vom 04.02.2013, Seite 7.

<sup>30</sup> Zahlen nach Gerhard Heske, a.a.O., Seite 297.

- Erst nach 1995 ist die Produktivität in Mitteldeutschland im Vergleich zu Westdeutschland wieder angestiegen, ohne freilich bis heute das Produktivitätsniveau der westdeutschen Wirtschaft erreicht zu haben. Der Anstieg stagniert momentan (2013) bei 71 Prozent.

Damit haben wir ein Problem angestoßen, das die Ökonomen des globalkapitalistischen Zeitalters peinlichst umgehen:

**Eine Steigerung der Profitabilität erhöht nicht in jedem Fall den Wohlstand der Bevölkerung in einer Volkswirtschaft!**

Oder anders formuliert: Die Steigerung der Produktivität kann zu einer Senkung des Pro-Kopf-Einkommens in einer Volkswirtschaft führen. Um diese Aussage leichter nachvollziehen zu können, veranschaulichen wir den Zusammenhang an dem eingangs erwähnten Beispiel der Thyssen-Krupp AG:

Das Unternehmen plant 3.800 Arbeiter zu entlassen, um die Kosten zu senken und damit den Gewinn und die Rentabilität (Profitabilität) zu erhöhen. Wenn nun die arbeitslos gewordenen Beschäftigten nicht anderweitig Arbeit finden, müssen sie von einer kleiner gewordenen Anzahl Erwerbstätiger mit Einkommen versorgt werden. Das geschieht über die Sozialabgaben und Steuern. Da solche Entlassungen seit dem Ausgreifen der Globalisierung kein Einzelfall sind, im Falle der Auflösung der DDR-Wirtschaft sogar „flächendeckend“ durchgeführt wurden, erstrecken sich ihre Auswirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft, weshalb das Durchschnittseinkommen in der gesamten Volkswirtschaft sinken muss! Das ist auch der Grund, warum der französische Präsident Francois Hollande heute, im Jahr 2013, die Stilllegung französischer Betriebe wegen zu geringer Rendite gesetzlich verbieten möchte.

Genau diese Entwicklung hat sich in Mitteldeutschland nach der Wiedervereinigung abgespielt. Die vergleichsweise „unproduktiven“ Produktionsstätten wurden entweder ganz stillgelegt oder ihre Produktivität wurde durch Arbeitsplatzstreichungen erhöht, um die Lohnstückkosten zu verringern. Mit der Zahl der Beschäftigten (Erwerbstätigen) sank auch die Erwerbsquote (Zahl der Erwerbstätigen im Verhältnis zur Bevölkerung). Die Größenordnung der Entwicklung zeigt nachstehende Tabelle<sup>31</sup>:

Jahr	Erwerbsquote	
	DDR	BRD
1970	51,2%	44,0%
1975	53,4%	42,2%
1980	56,6%	44,0%
1985	58,5%	43,6%
1989	58,7%	44,7%
1991	46,6%	45,5%
1995	42,3%	46,5%
2000	42,4%	48,0%

Von 1970 bis 1989 war die Erwerbsquote in der DDR (Mitteldeutschland) in 20 Jahren von 51,2 Prozent auf 58,7 Prozent angestiegen (+ 7,4 Prozent). Danach ist sie innerhalb von 10 Jahren abrupt auf 42,2 Prozent um 16 Prozent gesunken. In der BRD-Wirtschaft war die Erwerbsquote bis 1989 unverändert. Nach 1989 ist sie um knapp 4 Prozent gestiegen, was sicherlich auch auf Zuwanderungen aus Mitteldeutschland zurückzuführen ist.

Vergleichen wir die Bevölkerungsentwicklung in Mitteldeutschland mit der Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen, so stellen wir fest:

<sup>31</sup> Zahlen wurden errechnet aus (1) Gerhard Heske, a.a.O., Seite 291 und (2) aus Sachverständigengutachten 1994, Seite 345 und (3) EuroStat: „Absolute und relative Bevölkerungsveränderung [demo\_gind].“

Jahr	in Mio.	
	ErwTätige	Bevölker.
1989	9,8	16,61
2000	5,9	13,9
Differenz	-3,9	-2,7
Diff in %	-39,5%	-16,3%

Die Zahl der Erwerbstätigen hat sich um 3,9 Mio. verringert, die Bevölkerung aber nur um 2,7 Mio.! Es sind also mehr Menschen arbeitslos geworden als abgewandert! Die Arbeitslosigkeit wäre noch höher gestiegen, wenn es nicht das „Ventil“ der Abwanderung „in den Westen“ oder ins Ausland gegeben hätte.

Wer im Land (niedrigerer Produktivität als in Westdeutschland) seinen Arbeitsplatz behielt, musste die gestiegene Zahl der Arbeitslosen über höhere Steuern und Sozialabgaben „durchfüttern“. Das galt natürlich auch für die Erwerbstätigen in Westdeutschland. Somit kommen wir zu einer ganz erstaunlichen Erkenntnis:

**Der Zwang, im globalen Wettbewerb eine hohe Profitabilität (Rendite) erzielen zu müssen, produziert Arbeitslose!**

Warum ist das so? Wer arbeitslos wird, kann nur dann wieder Arbeit finden, wenn die Löhne sinken. Dies ist aber– bei den gegebenen historisch gewachsenen politischen und sozialen Strukturen (insbesondere in Deutschland) – nahezu unmöglich. Hinzu kommt, daß die gleiche Arbeit im Ausland (vor allem in den ehemaligen Ostblockländern) reichlich angeboten wurde, weshalb das renditegerierende Kapital nicht in Mitteldeutschland, sondern gleich im Ausland investierte. Eine sinkende Zahl noch produktiv (weil profitabel) arbeitender Beschäftigter muß somit eine ständig wachsende Zahl von Arbeitslosen alimentieren! In der DDR gab es vordem keine Arbeitslosen. Auch wenn sie mit niedriger Produktivität arbeiteten, leisteten sie ihren Beitrag zum BIP! Damit findet ein weiteres erstaunliches Phänomen seine Erklärung, Die Wachstumsraten in der DDR waren trotz geringerer Produktivität höher als in der BRD, wie nachsehende Tabelle zeigt<sup>32</sup>:

Entwicklung des DDR-Bruttoinlandsproduktes			
Jahr	Mrd.	1970 = 100	Vgl BRD
1970	113,0	100,0	100,0
1975	137,2	121,4	111,8
1980	164,0	145,2	131,4
1985	191,5	169,5	139,3
1989	207,9	184,0	156,0

Das BIP der DDR wuchs um 84 Prozent, das BIP der BRD dagegen nur um 56 Prozent.  
Ursache: die Produktivität (auf niedrigerem Niveau) als auch die Erwerbsquote ist ständig angestiegen.

Im Zeitpunkt der Wiedervereinigung war diese Tatsache allerdings bedeutungslos, denn jetzt galt nur eines: Das in der DDR vorhandene Produktivvermögen – größten Teils Volkseigentum – mußte „an den Mann gebracht“, das heißt meistbietend verkauft werden. Zu welchen Preisen? Zu Marktpreisen! Und diese errechneten sich anhand der Rentabilität (Profitabilität) des vorhandenen Betriebsvermögens, und die war im Durchschnitt nur halb so groß (entsprechend der Produktivität) wie in der BRD. Um die Produktivität annähernd auf das Niveau Westdeutschlands steigern zu können, mußten deshalb Arbeitskräfte entlassen werden.

Damit sind wir wieder bei der Frage angekommen, ob die niedrige Produktivität in der DDR nicht doch die Ursache der Arbeitslosigkeit und des ökonomischen Zusammen-

<sup>32</sup> Tabelle aus Gerhard Heske, a.a.O., Seite 281.

bruchs in Mitteldeutschland war? Voraussetzung für die Zwangsläufigkeit der geschilderten Entwicklung sind zwei Bedingungen:

1. Deutschland als Staat hat eine gemeinsame Währung.
2. Weltweit existieren freie Finanz- und Faktormärkte (Globalkapitalismus).

Beide Bedingungen waren gegeben:

Jeder Staat definiert sich (auch) durch seine eigene Währung. Die eigene Währung konnte man den Deutschen nicht verbieten, als die Wiedervereinigung anstand. Bei der Frage des Globalkapitalismus war das anders. Als Weltwirtschaftsordnung mit grenzenlos freiem Güter- und Kapitalverkehr und weltweit ausgreifenden Finanzmärkten hatte er sich erst im letzten Quartal des 20. Jahrhunderts herausgebildet, so daß zwar auch diese Bedingung erfüllt war, doch diese hatte natürlich nicht gleichen Absolutheitscharakter wie die erste!

Nicht alle Länder der Erde haben den Globalkapitalismus in allen Facetten übernommen. Selbst die kapitalistischen Führungsmächte, von denen die Leitidee dieser Weltwirtschaftsordnung ausging, die USA und Großbritannien, gestatten sich dann Ausnahmen von dem Regelwerk der ungeschriebenen Gesetze, wenn sie dadurch große Nachteile abwenden oder erhebliche Vorteile für sich erwirken können. Wenn das allerdings andere Nationen für sich beanspruchen – z.B. China –, werden sie dafür angeprangert und gemäßregelt. Dazu hat man die großen übernationalen Institutionen (IWF, Weltbank, OECD) geschaffen, die man mehrheitlich (mit seinen Vasallen) beherrscht. Da greift man auch schon einmal selbst zu den verpönten ökonomischen Waffen von Einfuhrzöllen oder tritt einen Abwertungswettkampf los, um sich Wettbewerbsvorteile zu verschaffen oder die errungene Führungsposition verteidigen zu können. Da wird dann gerne mit „Isolierung“, „Quarantäne“ oder Ausschluß gedroht.

Das war die Situation, in der sich die deutsche Politik 1989 befand. erinnern Sie sich? Wie sagte doch Frankreichs Präsident damals? *„Deutschland werde sonst in Europa bald so isoliert dastehen wie 1913 vor dem Ersten Weltkrieg“*.

Mit Krieg wird Mitterand ja wohl nicht gedroht haben. Womit aber dann? Was wird er von Kanzler Kohl damals verlangt haben? Nur eines macht in diesem Zusammenhang Sinn: Deutschland dürfe die darniederliegende DDR-Wirtschaft nicht aus eigener Kraft aufbauen, sondern müsse sie öffentlich auch dem internationalen Kapital zur Versteigerung anbieten. So ist es dann jedenfalls geschehen: Das vorhandene Produktionskapital wurde zu Marktpreisen versteigert. Wenn es nichts einbrachte, wurde es zerschlagen! Was besagen in diesem Zusammenhang Marktpreise? Das waren die Vermögenswerte, die sich aus den kapitalisierten Gewinnerwartungen<sup>33</sup> errechnen. Was dabei herauskommt bei halber Profitabilität (Produktivität wie in Westdeutschland), läßt sich leicht errechnen! Die Rendite war gering oder weniger als Null. Im Ergebnis zahlten die Interessenten Schnäppchenpreise und der Rest wurde aufgelöst und zerschlagen. Damit gingen auch die Arbeitsplätze verloren und das hervorragend ausgebildete Humankapital (Facharbeiter Ingenieure, Ärzte) wanderten ab. Doch was hätte man aus dem vorhandenen Produktionspotential machen können, wenn...?

Ja, wenn man das vorhandene Produktivvermögen auf den neuesten Stand der Technik gebracht hätte und die betrieblichen Organisationsstrukturen an den Entwicklungsstand der modernen Informationstechnologie (EDV) und die Anforderungen der Märkte ange-

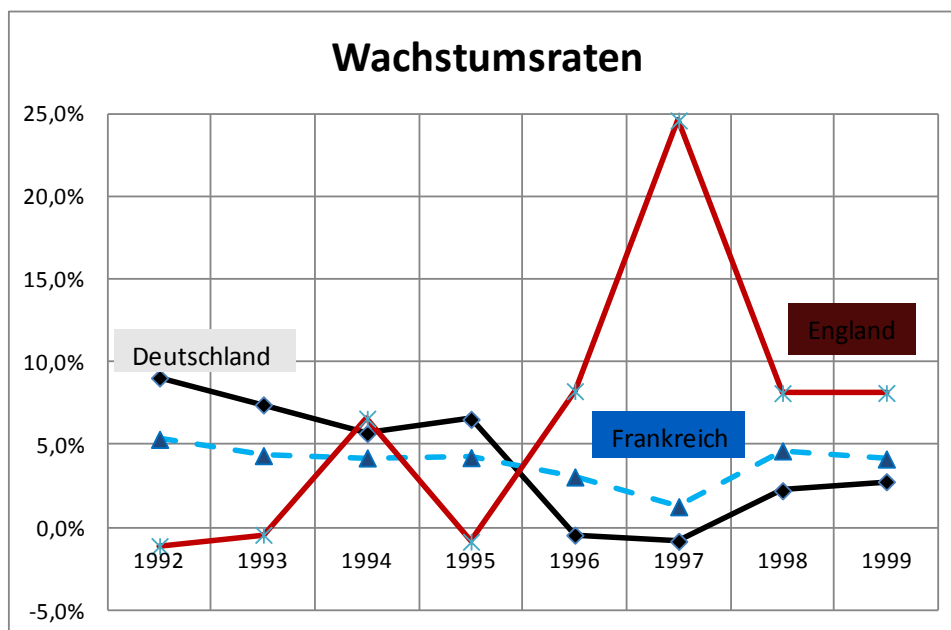
---

<sup>33</sup> Erwartete Rendite dividiert durch (momentanen) langfristigen Zinssatz mal 100.

paßt hätte. Dazu brauchte man natürlich Kapital. Das wäre in Westdeutschland reichlich vorhanden gewesen. Das hätte in den ersten Jahren zwar wenig oder nur sehr niedrige Renditen gebracht, aber die Menschen hätten ihre Arbeit nicht verloren, hätten nicht abwandern müssen. Keine entvölkerte Landschaften, keine Industrieruinen? Auf keinen Fall in diesem Ausmaß, obwohl natürlich strukturelle Anpassungen notwendig gewesen wären. Die Lohnentwicklung hätte sich an einer kontinuierlichen Produktivitätssteigerung orientieren können. Die Entwicklung hätte einen anderen Lauf genommen!

Doch ein vorübergehender Schutz eines entwicklungsfähigen Produktionspotentials, das vor allem durch das hohe Bildungs- und Ausbildungsniveau des Humankapitals vorlag, ist im Globalkapitalismus nicht vorgesehen. Ganz im Gegenteil. Was die aktuelle üblichen Renditen nicht bringt, wird platt gemacht. Kurzfristig hohe Renditen in Osteuropa, der EU, Asien und Amerika lockten das „westdeutsche Kapital“ weit mehr als nachhaltige und solidarische Investitionen in Mitteldeutschland. Sie balgten sich um die hohen Renditen im Ausland und überließen die solidarische Versorgung der Arbeitslosen in Mitteldeutschland der steuer- und sozialabgabepflichtigen Bevölkerung. Allein die Zahl der in den osteuropäischen EU-Beitrittsländern von deutschen Unternehmen beschäftigten Arbeitnehmer stieg von 3.000 im Jahr 1989 über 189.000 im Jahr 1995 auf 560.000 im Jahr 2001<sup>34</sup>. Im Falle Deutschlands haben sich die auf den ersten Blick „lukrativen“ Investitionen im Ausland in den meisten Fällen schon bald danach als Rohrkrepierer erwiesen. An dieser Stelle seien nur einige der größten Fehlinvestitionen genannt: Deutsche Telekom; Deutsche Post und Daimler-Benz mit dem Chrysler-Abenteuer in den USA, BMW in England).

Die Arbeitslosigkeit erfaßte nach Mitteldeutschland auch die westdeutsche Wirtschaft. Der Wiederaufstieg Deutschlands zur größten europäischen Volkswirtschaft war zu Ende gegangen, ohne daß es die Deutschen so recht bemerkt hatten. Bald danach sollte diese Entwicklung mit dem Euro endgültig besiegelt werden. Die Stagnation und Umkehr der Entwicklung können kaum deutlicher als durch die Verringerung der Wachstumsraten und den Abstieg des Pro-Kopf Einkommens zum Ausdruck kommen<sup>35</sup>:

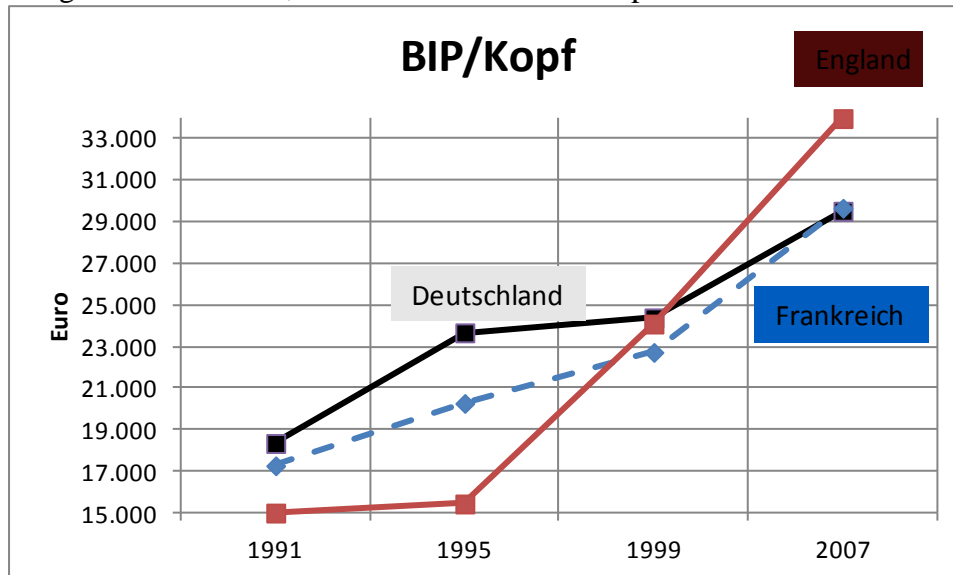


<sup>34</sup> Hans-Werner Sinn: „Die Basar-Ökonomie, aktualisierte Auflage 2007, Ullstein-Verlag, Seite 99.

<sup>35</sup> Zahlen aus Eurostat: BIP und Hauptkomponenten - Jeweilige Preise [nama\_gdp\_c].

Die Graphik zeigt, wie die deutschen Wachstumsraten kontinuierlich gesunken sind und ab 1996 unter das Niveau der der französischen und englischen fielen. Das blieb dann so bis zum Ausbruch der zweiten Großen Weltwirtschaftskrise im Jahr 2007.

Auch im Pro-Kopf Einkommen wurden die Deutschen von den Franzosen eingeholt und von den Engländern überholt, wie die nachstehende Graphik veranschaulicht<sup>36</sup>:



Die Deutschen haben ihren Abstieg in der Wohlstandsskala der europäischen Nationen in den letzten 20 Jahren noch gar nicht so richtig realisiert. Nur die untersten Einkommenschichten, die Hartz IV-Empfänger, die Langzeitarbeitslosen, die Niedriglohnpfänger und Mini-Jobber, deren Quote stetig anstieg, erleben heute schon, was es heißt „bettelarm“ zu sein. Sie haben keine Lobbyisten, die ihre Nöte mit dem nötigen Nachdruck artikulieren. Die Führungseliten dieser Gesellschaft ließen sie schmachvoll im Stich.

### 4.1.3 Das Produktivitätsdilemma

Nach der Wiedervereinigung ist in Mitteldeutschland infolge der Anhebung der Produktivität hohe Arbeitslosigkeit entstanden. Voraussetzung dieser Entwicklung waren:

- (1) die Übernahme der gemeinsamen Währung und
- (2) die Funktionsmechanismen des Globalkapitalismus, nämlich weitgehend ungehinderter Transfer der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit.

Der Globalkapitalismus basiert auf dem Theoriengebäude der englischen Ökonomen Adam Smith<sup>37</sup> und David Ricardo. Sie lehrten, daß freier Handel allen Völkern und Nationen Wohlstandsgewinne bringt. Ihre Theorien sind statisch, weshalb sie damals schon falsch waren. Sie berücksichtigen nicht das Entwicklungspotential der vorhandenen Produktivkräfte. Das hatte bereits Friedrich List im Jahr 1841 in seinem Werk „Das nationale System der Politischen Ökonomie“ eindrucksvoll am Beispiel der historischen Entwicklungen der damals bedeutenden Wirtschaftsnationen – auch der englischen – herausgearbeitet. Die britische Volkswirtschaft selbst hat ihre Führungsposition im 19.

<sup>36</sup> Zahlen aus Eurostat: a.a.O.

<sup>37</sup> Adam Smit: 1723 – 1797; sein Hauptwerk: Wohlstand der Nationen – Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen ; David Ricardo: 1772 – 1823, sein Hauptwerk: „Theorie der komparativen Kosten“ ..



Jahrhundert in Europa durch eine rigorose Einschränkung dieses Freihandelsprinzips erreicht, wie Friedrich List nachgewiesen hat.

Die Entwicklung ist in den letzten 150 Jahren nicht still gestanden. Die Zeiten sind noch dynamischer geworden. Heute werden nicht nur Güter weltweit transferiert, auch den Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital sind weltweit keine Grenzen gesetzt. Insbesondere das Kapital kauft und verkauft Produktivvermögen und Rohstoffe, wo immer in Welt sich die Renditen ändern. Doch die „altbackenen“ Theorien, die behaupten, daß alle Menschen und Nationen durch weltweit freien Handel (jetzt auch noch durch freien Kapitalverkehr und unbegrenzten Zu- und Abwanderungen des Faktors Arbeit) reicher werden, haben bis heute überlebt. Das ist vor allem deshalb verwunderlich, weil insbesondere die Industrienationen der westlichen Welt im letzten Vierteljahrhundert in wachsendem Maß von Arbeitslosigkeit erfaßt wurden. Die Ökonomen haben seitdem verzweifelt, aber vergeblich, immer neue Rezepturen dagegen ersonnen. Auch der Schwenk von der nachfrageorientierten zur angebotsorientierten Wirtschaftspolitik hat nur kurzzeitig Abhilfe schaffen können. Auch nach dem Platzen der letzten Finanz- und Spekulationsblase (USA 2007) hat sich daran nichts geändert. Die Kernthese der Ökonomen lautet immer: Die von der Krise besonders betroffenen Volkswirtschaften müssen mit allen Mitteln ihre Produktivität erhöhen!

In Europa sollen dies die Senkung der Staatsausgaben und Reformen bewirken. Die USA und England wollen die Krise durch Geldvermehrung und höhere Staatsausgaben – also dem glatten Gegenteil – überwinden. Die Euro-Länder wurden von der Entwicklung am härtesten getroffen, denn für sie gilt insbesondere unsere erste (oben genannte) Bedingung: die gemeinsame Währung! Sie können sich nicht durch Abwertung der Krise entziehen, obwohl das einzelne Regierungen immer wieder verlangen. Die Sparmaßnahmen haben bisher die gewünschten Erfolge nicht gebracht. Der andere Weg aus dem Dilemma, den die Politik in USA und England beschritten hat, mittels Inflationierung und Abwertung die Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen, schwächt die Kaufkraft der heimischen Finanzindustrie, die ein noch größeres Absinken des Lebensstandards bisher verhindert hat. Und sie schwört einen Abwertungswettlauf herauf, wie ihn die Welt schon einmal in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erlebt hat. Der Globalkapitalismus steckt in einer Sackgasse und die sozialen und politischen Gegensätze schwellen weiter an. Die „Lunte am Pulverfaß“ ist angezündet und bahnt sich ihren Weg.

Der Absturz der deutschen Wirtschaft, der mit der Wiedervereinigung eingeleitet wurde, bedroht nun auch jene Nationen, die ihn für Deutschland gern gesehen und durch ihre politische Einflußnahme sogar herbeigeführt haben. Den Deutschen wurde der Weg verwehrt, ihre ganze Kraft und ihr reichlich vorhandenes Kapital in die Regenerierung des maroden Produktivvermögen einzubringen, das der Sozialismus hinterlassen hatte. Dieses in der DDR vorhandene Produktivvermögen war zwar nicht profitabel, man hätte es aber in wenigen Jahren produktiv und damit profitabel machen können. Stattdessen wurde es den kapitalistischen Raubkäufern der Finanzwelt zum Aufkauf und Zerschlagung angeboten. Die in Mitteldeutschland entstandene Massenarbeitslosigkeit war die zwangsläufige Folge der Produktivitätsneurose, die die Renditen des Kapitals auf Kosten von Arbeitslosigkeit steigert.

Heute will ein französischer Präsident in seinem Land durch gesetzliche Verbote verhindern, was sein sozialistischer Vorgänger, Francois Mitterrand, vor 24 Jahren unter Androhung der erneuten politischen Isolierung Deutschlands den Deutschen zugemutet hat: Die Entstehung von Arbeitslosigkeit, um eine dem Bevölkerungs- und Produktivitätspotential entsprechende starke deutsche Volkswirtschaft zu unterbinden oder zumindest so

lange wie möglich hinauszuzögern. Das ist damals gelungen. Die deutsche Regierung hat die Auflagen erfüllt, auch die Eliten der Oppositionsparteien haben die Entscheidung mitgetragen. Es ist davon auszugehen, daß die wenigsten von ihnen weder das politische Spiel von damals noch die ökonomischen Folgen durchschaut haben. Auch heute noch nicht. Doch es sollte für die Deutschen noch schlimmer kommen:

Mit der Wiedervereinigung hatte die damalige Regierung Kohl auch in die Einführung einer gemeinsamen Währung eingewilligt. Auch sie sollte die deutsche Wirtschaft einhegen und beschneiden. Doch der Euro hat nur in den ersten Jahren gehalten, was sich seine Erfinder versprochen hatten. Er ist heute für die anfänglichen Nutznießer zum Bumerang geworden. Er erwies sich für die schwachen Volkswirtschaften als zu stark. Sie waren nicht in der Lage, ihre Produktivität auf Dauer zu steigern und an das Niveau der (geschwächten) deutschen Wirtschaft anzupassen. Der Euro hat sie „stranguliert“! Alle Versuche, ihre Produktivität durch zwangsverordnetes Sparen und Reformen an das Niveau seines Außenwertes anzupassen, sind gescheitert und werden auch künftig scheitern. Der Außenwert des Euro ist für Deutschland zu niedrig und für die Euro-Länder mit geringerer Produktivität zu hoch. Somit hat die gemeinsame Währung sowohl die schwachen als auch die starken Volkswirtschaften daran gehindert, den optimalen Pfad wirtschaftlicher Entwicklung zu nehmen. Der Euro hat Europa schwächer und nicht stärker gemacht!

Welche Wirkungskräfte der Euro dabei entfaltete und warum er insbesondere die deutsche Wirtschaft erheblich schwächte, wird die nächste Folge dieser Artikel-Serie „Der Euro entlarvt Deutschlands Eliten“ behandeln. Er wird das Thema abschließen.